

FPÖ-Hofer: „Alarmierende Ergebnisse bei Integrationsstudie“

Utl.: „Hälfte der Afghanen will Gottesstaat und empfindet Gewalt als legitimes Mittel“ =

Wien (OTS) - „Alarmierende Ergebnisse“ bringt eine Befragung des Österreichischen Integrationsfonds zutage. Demnach befürwortet die Hälfte der in Österreich lebenden Afghanen die Errichtung eines Gottesstaates. Ebenfalls rund die Hälfte der Befragten gaben an, dass die Vorschriften ihrer Religion über den Gesetzen in Österreich stehen. Zwei Drittel der Afghanen betrachten zudem Juden als Feind aller Muslime. „Diese Ergebnisse sind schockierend und zeigen, dass wir in den letzten Jahren die falschen Menschen zu uns ins Land gelassen haben. Es ist daher das höchste Gebot, die Grenzen vor dem drohenden nächsten Flüchtlingsansturm dicht zu machen“, forderte heute FPÖ-Bundesparteiobmann NAbg. Norbert Hofer.

Die Gründe beinahe täglicher Einzelfälle - wie zuletzt der Mord an einer fünffachen Mutter durch den afghanischen Ehemann in Wien - werden in der Umfrage schwarz auf weiß geliefert. Für die Hälfte der Afghanen ist demnach Gewalt ein legitimes Mittel zur Herstellung von Ehre und Respekt gegenüber sich selbst und ihrer Religion. „Die Sitten und Regeln des islamischen Lebens sind mit jenen in Österreich nicht kompatibel. Wer bei uns lebt, muss seine Verhaltensweisen ändern und die hier geltenden Regeln und Gesetze einhalten“, so Hofer, der einmal mehr auch forderte, dass Transferleistungen für Ausländer gekürzt werden sollen, die sich nicht integrieren wollen.

Wie schlimm die Folgen eines laschen Umgangs eines Staates mit kriminellen Ausländern sein können, war gestern in London zu sehen. Der Messer-Attentäter auf der London Bridge war ein verurteilter islamistischer Terrorist, der vorzeitig aus der Haft entlassen wurde - obwohl der Richter beim Prozess im Jahr 2012 davor warnte, dass Usman K. dauerhaft eine Bedrohung bleiben werde. Usman K. startete seinen blutigen Angriff ausgerechnet bei einem Resozialisierungs-Programm für Ex-Häftlinge. „Es ist traurig zu sehen, wie Warnungen ignoriert werden. Für Terroristen darf es keine Begnadigung geben. Nach Möglichkeit sollten sie konsequent abgeschoben werden“, hielt FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer fest.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub

01/ 40 110 - 7012

presse-parlamentsklub@fpoe.at

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>

<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0018 2019-11-30/10:45

301045 Nov 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191130_OTS0018